



## Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 19.09.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)  
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

**Lug-info.com:** Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa:

Die Arbeit der Gruppe zu humanitären Fragen ist abgeschlossen. Zum unserem Bedauern hat Kiew dieses Treffen faktisch ignoriert, nur Experten delegiert. Bevollmächtigte Personen waren nicht anwesend. Aus diesem Grund ist auch die Frage des Gefangenenaustauschs offen geblieben.

**Dan-news.info:** „Ohne wesentliche Bewegung bleibt die Frage der vollwertigen Wiederaufnahme der Funktion des Mobilfunkoperators Vodafone – eine Antwort auf die neue Anfrage zur Reparatur des am 11. Januar 2018 beschädigten Faseroptikkabels ist beim GZKK noch nicht eingetroffen. Der Koordinator der humanitären Untergruppe Toni Frisch hat zugesagt, sich hier einzuschalten“, teilte das Außenministerium der DVR mit.

Bei dem Treffen in Minsk haben die Vertreter der DVR wieder die Frage der Ausarbeitung eines gemeinsamen Mechanismus zur Tilgung der Schulden von Vodafone für Strom aufgeworfen. Aber Kiew weicht dieser Frage weiter aus.

„Solange die ukrainische Seite mit allen Mitteln die Lösung dieser Frage verzögert, erfolgt monatlich eine Belastung von etwa 3. Mio. Rubel auf republikanische Subjekte des Energielieferungsmarkts zum Ausgleich der Ausgaben für die Funktion des ukrainischen Operators“, fügte das Außenministerium hin.

In der ökonomischen Untergruppe ist die Ukraine weiter der Frage der Wiederaufnahme von Sozialzahlungen an Einwohner des Donbass sowie eines unabhängigen Audits des kommunalen Unternehmens Woda Donbassa ausgewichen.

**Dan-news.info:** Erklärung des Außenministeriums der DVR zur Arbeit der Unterarbeitsgruppe zur Sicherheit:

Im Rahmen der Arbeit der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit haben die Verhandler wieder versucht, zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle des geltenden Waffenstillstands zu vereinbaren. Aber die ukrainische Seite hat die Vereinbarung traditionsgemäß blockiert und hat im Grunde ein Ultimatum gestellt: Wenn auch nur eine Maßnahme Zweifel hervorruft, so sind alle Maßnahmen nicht abstimmbar.

Wir erinnern daran, dass in der letzten Sitzung die Kontaktgruppe den Auftrag gab, Formulierungen zu erarbeiten und ein Paket zusätzlicher Kontrollmaßnahmen zu vereinbaren. Insbesondere im Licht der präzedenzlosen Diversion, die von ukrainischen Spezialdiensten organisiert wurde und in deren Ergebnis das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko starb, wurde vorgeschlagen ein Verbot von Diversionstätigkeit in die Liste der Maßnahmen aufzunehmen.

Wir unterstreichen, dass die bei der Ermittlung des Mordes an einem der Unterzeichner der Minsker

Vereinbarungen gesammelten Erkenntnisse deutlich auf die Beteiligung und Organisation des Terrorakts gerade des SBU sowie westlicher Spezialdienste hinweisen. Die Technologien, die bei der Detonation verwendet wurden, sind für die Ukraine nicht zugänglich. Dies bestätigen auch die Aussagen des zuvor festgenommenen Agenten des SBU Alexandr Pogorelow. Wir zweifeln nicht daran, dass in der nächsten Zeit eine vollständige Beweisbasis gesammelt sein wird und entsprechende Anklagen erhoben werden.

Im Rahmen der Sitzung der Kontaktgruppe merkte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR Natalja Nikonorowa an, dass wirksamere Schritte in dieser Richtung nötig sind, weil die friedliche Bevölkerung weiter aufgrund der Verletzung des Waffenstillstands leidet. Tatsächlich haben die Seiten keine prinzipiellen Einwände bezüglich der grundlegenden Punkte der zusätzlichen Maßnahmen und es gibt konkrete Formulierungsvorschläge. In diesem Zusammenhang wurde mit Unterstützung des Koordinators Martin Sajdik eine Entscheidung erreicht, dass die OSZE-Mission auf dem nächsten Treffen einen neuen Entwurf des Dokuments zu den zusätzlichen Kontrollmaßnahmen unter Berücksichtigung aller Vorschläge der Verhandlungsteilnehmer vorlegt. Dazu muss die ukrainische Seite schriftlich ihre Wünsche formulieren und sie an den Koordinator der Untergruppe Apakan schicken, wie das die Vertreter der RF und der Republiken bereits getan haben.

Eine wesentliche praktische Errungenschaft ist die erfolgreiche Durchführung der sehr wichtigen Reparaturarbeiten an einem Abschnitt der Jushno-Donbasskij-Wasserleitung im Gebiet des Awdejewker Gewerbegebiets. Unter persönlicher Beteiligung des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug und unmittelbarer Teilnahme des GZKK beider Seiten wurde vom Zivilschutzministerium der DVR die sehr schwierige Entminung der Zufahrt zum Ort des Schadens durchgeführt, danach konnten Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ operativ die notwendigen Arbeiten durchführen.

**Dan-news.info:** Erklärung des Außenministeriums der DVR über die Ergebnisse der Arbeit der politischen Untergruppe in Minsk:

Im politischen Bereich stellt bei der friedlichen Regelung des Konflikts das bevorstehende Ablauf der Geltungsfrist des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass am 11. Oktober 2018 eine besondere Gefahr dar. Im Fall einer Weigerung Kiews, die Gültigkeit dieses Rechtsakts zu verlängern, verliert er seine Gesetzeskraft und eine nachfolgende Inkraftsetzung seiner wesentlichen Regelungen, etwa nach der Formel Steinmeiers, wird unmöglich.

Wenn man dies berücksichtigt, so bedeutet die Weigerung der ukrainischen Seite, die Frage der Verlängerung und Inkraftsetzung des besonderen Status des Donbass sowie die Frage einer Amnestie zu erörtern, eine äußerst negative Tendenz mit Folgen, sowohl für die Realisierung der Minsker Vereinbarungen als auch insgesamt für die Wiederherstellung des Friedens auf unserem Territorium. Gerade dies war die grundlegende Frage für die Erörterung in der Kontaktgruppe. Aber es muss festgestellt werden, dass die Vertreter der ukrainischen Delegation statt konstruktiver Arbeit am Inhalt der erörterten Fragen die Taktik fortsetzen, zu versuchen Themen einzubringen, die von der Tagesordnung weit entfernt sind.

Zum Beispiel konnte die ukrainische Seite die am 11. November vorgesehenen Wahlen in den Republiken nicht umgehen. In diesem Zusammenhang unterstrich die bevollmächtigte Vertreterin Natalja Nikonorowa, dass die Wahlen zu Republikoberhäuptern und Parlamenten der Republiken die Minsker Vereinbarungen nicht betreffen und ihnen in keiner Weise widersprechen, weil es keine Kommunalwahlen sind.

Alle Versuche, die Wahlen zu verurteilen, sind von der ukrainischen Seite besonders zynisch, weil ihre dringende Notwendigkeit im Zusammenhang mit dem Mord an einem Unterzeichner der Vereinbarungen, dem Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko aufkam und es bereits direkte Zeugnisse der Beteiligung ukrainischen Spezialdienste daran gibt.

Ich möchte glauben, dass die Vertreter der Ukraine in den drei Wochen, die noch bis zum Auslaufen des Gesetzes bleiben, beginnen sich zuverlässig zu ihren Verpflichtungen zu verhalten, und das Gesetz über einen besonderen Status nicht nur verlängert wird, sondern auch mit den Vertretern der

Republiken ein Mechanismus für sein vollwertiges Inkrafttreten auf ständiger Grundlage entsprechend der Kompromissformel von Herrn Steinmeier abgestimmt wird.  
Auf der Sitzung der Untergruppe zu politischen Fragen wurde die DVR von Natalja Michajlowa, Vertreterin des Außenministeriums der DVR, vertreten.